

# BEGEGNUNG & GESPRÄCH

Nr. 175

I/2016

ÖKUMENISCHE BEITRÄGE ZU ERZIEHUNG UND UNTERRICHT



Christian Felber

## **Die Gemeinwohl-Ökonomie: ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft**



*Liebe Leserinnen und Leser der BuG,  
nicht erst seit der Enzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus sind gesellschaftspolitische Themen wesentlicher Teil der christlichen Lehre und ebenso Gradmesser für die Glaubwürdigkeit der Kirchen.*

*Die Evangelische Ethik und die Katholische Soziallehre suchen auch heute nach Richtlinien für eine globalisierte, dicht besiedelte Welt, fordern Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit für "unser gemeinsames Haus".*

*Christian Felber hat mit seinem Konzept einer Gemeinwohl-Ökonomie einen spannenden Beitrag zur Umsetzung dieser Ideen geliefert. Aber es bleibt nicht bei der Theorie: Viele Initiativen, Privatleute, Unternehmen haben bereits begonnen, mit großem Engagement dieses Konzept umzusetzen.*

*Viel Freude bei der Lektüre!*

*Ihre BuG-Redaktion*

*88 Prozent der Deutschen und 90 Prozent der Österreicher wünschen sich laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung eine „neue Wirtschaftsordnung“. Die Gemeinwohl-Ökonomie bietet eine Alternative zu kapitalistischer Markt- und zentraler Planwirtschaft. Sie baut auf Beziehungs- und Verfassungswerte und misst ihre Umsetzung mit Gemeinwohl-Bilanzen und dem Gemeinwohl-Produkt. Nach drei Jahren tragen fast 2000 Unternehmen aus 40 Staaten, aber auch immer mehr Universitäten und Gemeinden diese Bewegung.*

## **"Diese Wirtschaft tötet"**

Mit diesen Worten sprach Papst Franziskus einer wachsenden Zahl von Menschen weltweit aus der Seele. Laut einer Accenture-Umfrage in 20 Staaten geben im Schnitt 67% der Bevölkerung an, dass die gegenwärtige Wirtschaft „dem Planeten und der Gesellschaft als ganzer nicht dient“. Die Bertelsmann-Stiftung erhob, dass 88 Prozent der Menschen in Deutschland und 90 Prozent in Österreich eine „neue Wirtschaftsordnung“ wünschen. Die Gemeinwohl-Ökonomie ist eine vollständige, alternative Wirtschaftsordnung, die seit 2010 von einer wachsenden Zahl von Akteuren entwickelt wird. Diese neue Ordnung sucht nach einer humaneren, sozialeren, ökologischeren und demokratischen

Ökonomie. Sie ist ein ganzheitlicher Ansatz, der Wirtschaft, Ethik, Demokratie, Gender und Ökologie zusammendenkt und neben einem theoretischen Modell auch einen praktischen Umsetzungsprozess vorschlägt.

Die tragenden Säulen der Gemeinwohl-Ökonomie sind dabei nicht „neu“, sondern eine Anpassung der Wirtschaftsordnung an die zeitlosen Werte und Verfassungsziele. Geld und Kapital werden als Mittel des Wirtschaftens betrachtet, als Ziel für das Gemeinwohl. Dieses ist seit Thomas von Aquin schlechthin ein Leitwert der christlichen Soziallehre: „Bonus comune melius quam bonus unus“.

Schon Aristoteles unterschied die Wirtschaftsweise der „oikonomia“ (Geld als ein Mittel) von der „chrematistike“ (Geld-erwerb als Ziel). Im gleichen Geist besagt heute die bayrische Verfassung: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl“ (Art. 151), während „Kapitalbildung“ als „Mittel“ definiert wird (Art. 157). Die italienische Verfassung legt als Ziel für die öffentliche und private Wirtschaft das „Allgemeinwohl“ fest (Art. 41). Das deutsche Grundgesetz sieht Eigentum in der Sozialpflicht, weshalb sein Gebrauch zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll (Art. 14). Das Gemeinwohl-Ziel wird in der realen Wirtschaft jedoch weder erreicht noch gemessen. Es fehlen die geeigneten Erfolgsindikatoren.

## Gemeinwohlprodukt

Heute bilden das Bruttoinlandsprodukt (Volkswirtschaft), der Finanzgewinn (Unternehmen) und die Finanzrendite (Investition) die zentralen Erfolgsindikatoren. Sie jedoch messen nur die Mittel(akkumulation) und können daher gar nichts Verlässliches über die Zielerreichung aussagen. Das „Gemeinwohl-Produkt“ könnte zukünftig anhand eines repräsentativen Indikatorensets (z. B. Gesundheit, Bildung, Teilhabe, sozialer Zusammenhalt, ökologische Stabilität, Sicherheit, subjektives Wohlbefinden) direkt die Zielerreichung und damit den „Erfolg“ einer Volkswirtschaft messen. Die konkreten Komponenten könnten von der Bevölkerung in kommunalen Bürgerbeteiligungsprozessen selbst definiert werden. Schon heute wird im Kleinstaat Bhutan das Bruttosozialglück erhoben, die OECD hat den Better Life Index entwickelt. Das Gemeinwohl-Produkt wäre ein demokratischer Wohlfahrtsindex. Steigt er, ist die Verbesserung wesentlicher Aspekte von Lebensqualität gewiss. Ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) garantiert keine Verbesserung eines dieser Indikatoren. Einer Umfrage des Bundesumweltministeriums zufolge befürworten nur 18% das BIP, das bisher als höchstes Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik galt. Hingegen befürworten 67% seine Ablöse durch einen umfassenderen Lebensqualitätsindex.

## Gemeinwohl-Bilanz

Der „Erfolg“ eines Unternehmens, d. h. sein Beitrag zum Gemeinwohl, würde analog mit einer „Gemeinwohl-Bilanz“ gemessen. Sie misst das Erfüllen der Verfassungswerte Menschenwürde, Solidarität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demokratie. Diese Bilanz beantwortet die brennendsten Fragen der Gesellschaft an alle Unternehmen, z. B.: Wie sinnvoll ist das Produkt bzw. die Dienstleistung? Wie ökologisch wird produziert, vertrieben und entsorgt? Wie human sind die Arbeitsbedingungen? Werden Frauen und Männer gleich behandelt und bezahlt? Wie werden die Erträge verteilt? Wer trifft die Entscheidungen? Wie kooperativ verhält sich das Unternehmen auf dem Markt?

Gemessen wird in Punkten, jedes Unternehmen kann derzeit maximal 1000 Punkte erreichen. Das Ergebnis könnte in einer farblich unterscheidbaren Ampel neben dem Strich- oder QR-Code auf allen Produkten und Dienstleistungen erscheinen. Streicht der Konsument mit dem Handy über den QR-Code, erscheint auf dem Display die gesamte Gemeinwohl-Bilanz. Damit würde die Gemeinwohl-Ökonomie ein Grundversprechen der Marktwirtschaft erfüllen: umfassende und symmetrische Information. Alle Produkte müssten ihre Entstehungsbedingungen und -umstände preisgeben. Die Konsumenten hätten endlich eine solide Grundlage für eine rationale und ethische Kaufentscheidung.

Nicht minder wesentlich wäre der zweite Schritt: die Belohnung hoher ethischer Leistungen. Je besser das Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnis eines Unternehmens, desto mehr rechtliche Vorteile erhält es, zum Beispiel: günstigerer Steuersatz, niedrigerer Zoll-Tarif, günstigerer Kredit bei der „Gemeinwohl-Bank“, Vorrang beim öffentlichen Einkauf, Forschungsk Kooperation mit öffentlichen Universitäten.

Mithilfe dieser marktwirtschaftlichen Anreizinstrumente wird die verkehrte Situation von heute – dass unethische und rücksichtslose Unternehmen auf dem Markt belohnt werden, weil sie ihre Produkte billiger anbieten können – umgedreht: Ethische, ökologische, langlebige, regionale und faire Produkte werden billiger als unfaire, die fairen und ethischen Unternehmen könnten sich durchsetzen. Aus einer „unethischen Marktwirtschaft“ würde eine ethische Wirtschaftsordnung. Endlich würden die „Gesetze“ des Marktes mit den Werten der Gesellschaft übereinstimmen.



## Gewinn nur noch Mittel

Die Finanzbilanz bliebe erhalten, aber das Gewinnstreben könnte differenziert eingeschränkt werden: Nach wie vor verwendet werden dürfen Gewinne für soziale und ökologisch wertvolle Investitionen, Kreditrückzahlungen, begrenzte Ausschüttungen an die Mitarbeitenden oder Rückstellungen. Nicht mehr erlaubt werden könnten hingegen: feindliche Übernahmen, Investitionen auf den Finanzmärkten, Ausschüttung an Personen, die nicht im Unternehmen mitarbeiten, oder Parteispenden.

Um die Konzentration von Kapital und Macht und die damit einhergehende übermäßige Ungleichheit zu verhindern, könnten „negative Rückkoppelungen“ bei Einkommen, Vermögen und Unternehmensgröße eingebaut werden: Während der Start in das Wirtschaftsleben gefördert und harte Lebenslagen solidarisch abgefedert werden, wird mit zunehmendem Reicher-, Größer- und Mächtigerwerden das weitere Reicher- und Größerwerden immer schwieriger bis zu einer relativen Obergrenze. Die erste Million wäre die leichteste, jede weitere immer schwerer bis zum gesetzlich festgelegten Maximum von Ungleichheit. Die Begrenzung der Ungleichheit dient primär der Verhinderung der Überkonzentration von ökonomischer und politischer Macht. Die Gemeinwohl-Ökonomie versteht sich deshalb nicht nur als volles ethische, sondern auch als eine tatsächlich liberale Marktwirtschaft, weil sie für alle die gleichen Rechte, Freiheiten und Chancen nicht nur propagiert, sondern auch effektiv schützt.

## Kooperation statt Konkurrenz

Im größeren Bild möchte die Gemeinwohl-Ökonomie die Anreizkoordinaten für die Wirtschaftsakteure von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation umstellen. Die gegenwärtige Dynamik, dass Marktteilnehmende im Gegeneinander den höchsten Finanzgewinn anstreben, ist der Systemfehler schlechthin und die Ursache für die lange Liste von Kollateralschäden der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung. Gier, Geiz, Neid, Rücksichtslosigkeit und Verantwortungslosigkeit grassieren nicht etwa deshalb, weil dies der Menschennatur entspräche, sondern weil es auf den Märkten belohnt wird. Intelligent designte Märkte belohnen menschliche Tugenden und Beziehungswerte wie Ehrlichkeit, Respekt, Vertrauensbildung, Kooperation und Teilen. Entgegen dem Menschenbild der neoklassischen Ökonomie gibt es breite wissenschaftliche Evidenz, dass Kooperation stärker motiviert als Konkurrenz. Der Grund dafür ist: Kooperation motiviert über gelingende Beziehungen, während Konkurrenz primär über Angst motiviert. Die Gemeinwohl-Ökonomie schlägt konkret vor, dass aggressives Gegeneinander-Agieren wie Kannibalismus, Preisdumping oder Sperrpatente stark negativ angereizt werden soll; das Unterlassen von Hilfe soll schwach negativ, individuelle Kooperation schwach positiv und systemische Kooperation stark positiv angereizt werden. Wörtliche „Konkurrenz“ (zusammen laufen) und „competition“ (gemeinsam suchen) sollen die gegenwärtige „Kontrakurrenz“ und „counterpetition“ ablösen.

## Optimale Größe

Die heute „systemwidrige“ Kooperation zwischen Unternehmen macht plötzlich Sinn, wenn das Ziel nicht mehr aggressives Wachstum, sondern die optimale Größe ist – wie bei jedem lebendigen Organismus. Die optimale Größe ist dann erreicht, wenn die Qualität des Produkts am höchsten, der ökologische Fußabdruck am kleinsten und der ethische Mehrwert am größten ist. Wenn Gewinn nur noch ein Mittel und die Maximierung des Gemeinwohls das Ziel sind, macht es Sinn, dass Unternehmen ihre optimale Größe anstreben und strategisch kooperieren, was dann zu einer Win-win-Situation führt. Sie müssen nicht mehr Angst haben, gefressen zu werden, und nicht mehr wachsen, um größer, stärker oder profitabler zu sein als andere. Alle Unternehmen sind vom allgemeinen Wachstums- und wechselseitigen Fresszwang erlöst.



## Gemeinwohlorientierte Banken und Börsen

Damit auch die Finanzmärkte ihren Dienst an Wirtschaft und Gesellschaft wirksam erfüllen können, könnten alle Banken langfristig auf das Gemeinwohl ausgerichtet werden – so wie Sparkassen, Genossenschafts- und Kirchenbanken ursprünglich gedacht waren. Schon der Begründer der Raiffeisen-Idee, Friedrich Wilhelm Raiffeisen, stellte klar: „Geld ist indeß nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck.“ In diesem Geist könnte jedes Kreditprojekt einer Gemeinwohl-Prüfung unterzogen werden, das über die Vergabe entscheidet. Das Ergebnis könnte – neben dem Risiko - auch Kreditkonditionen mitbestimmen. Damit würde das Finanzsystem in den Dienst der Verfassungen und ihrer Werte gestellt. Die bayerische Verfassung gebietet: „Das Geld- und Kreditwesen dient der Werteschaffung und der Befriedigung der Bedürfnisse aller Bewohner.“ (Art. 157) Das Projekt „Bank für Gemeinwohl“ in Österreich bereitet die Gründung einer gemeinwohlorientierten Bank vor. Einen Schritt weiter gedacht könnten auch regionale Gemeinwohl-Börsen entstehen, die von den gemeinwohlorientierten Banken und Gemeinwohl-Gemeinden einer Region gemeinsam gegründet werden. Über diese könnten sich Menschen an besonders sinnvollen und ethischen Unternehmen beteiligen. Unternehmensanteile werden dort nicht gehandelt, und es wird keine finanzielle Dividende ausgeschüttet. Das stellt sicher, dass Geld-aus-Geld nicht länger das primäre Investitionsmotiv in der Wirtschaft sein muss, sondern eben Sinn und Werte, sprich das Gemeinwohl.

## Umsetzungsprozess

Die Gemeinwohl-Ökonomie beschreibt 20 Grundelemente der Wirtschaftsordnung. Dazu zählen weitere Innovationen wie ein „Frei-Jahr“ je Dekade im Erwerbsleben, ökologische Menschenrechte, die gleichzeitig Schutzrechte des Planeten wären oder eine negative Erbschaftssteuer alias „demokratische Mitgift“ zur Erhöhung der Chancengleichheit. Alle Vorschläge der Bewegung sollen in demokratischen Bottom-up-Prozessen, in „Kommunalen Wirtschaftskonventen“, gemeinsam mit anderen Ideen diskutiert und vorsortiert werden. Über Delegationen aus den „Gemeinwohl-Gemeinden“ könnte ein Bundeswirtschaftskonvent konstituiert werden, der die finalen Varianten für jeden Grundbaustein der Wirtschaftsordnung ausarbeitet. Diese könnten vom gesamten Souverän final abgestimmt werden - durch „Systemisches Konsensieren“, das bedeutet, dass der Vorschlag mit dem geringsten Widerstand gewinnt. Die Ergebnisse würden als Wirtschaftsteil in die Verfassungen eingehen und von dort bindend wirken für die gesetzgeberische Arbeit von Regierungen und Parlamenten. Langzeit-Ziel ist eine „souveräne Demokratie“, in der der Souverän, wörtlich die „über allem stehende“ Instanz, das höchste Dokument, die Verfassung, schreiben kann. Ein historisch würdiges Datum für einen demokratischen Verfassungsprozess könnten die Jahre 2019 und 2020 sein: 100 Jahre Demokratie in Deutschland und Österreich.



## Systemisch Konsensieren

Gegen direktdemokratische Verfahren wird gerne eingewendet, dass manchen Menschen das Bildungsniveau fehle, um ökonomische Fragen zu entscheiden, und dass manche ökonomischen Fragestellungen faktisch unentscheidbar seien. Die Praxis zeigt ein anderes Bild: Ich habe in den letzten Jahren mit ungefähr 50 000 Vortragsgästen in Europa und Lateinamerika das Spiel »Demokratischer Wirtschaftskonvent« gespielt. Dabei greife ich eine der Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung heraus, hole verschiedene Lösungsvorschläge dazu aus dem Publikum ab und lasse alle Vorschläge systemisch konsensieren. Meistens werden drei bis sieben Vorschläge eingebracht – das ist offenbar ausreichend, um alle wesentlichen Bedürfnisse abzudecken. Mein Lieblingsbeispiel ist die Frage nach der Begrenzung der Ungleichheit bei Einkommen: die Maximaldifferenz zwischen Höchst- und Mindesteinkommen. Unter den Vorschlägen finden sich nicht selten die beiden Extreme »völlige Gleichheit« und »grenzenlose Ungleichheit«. Sind sie darunter, werden sie in der Regel mit größerer Leidenschaft vertreten als die Vorschläge dazwischen, mitunter auch aggressiv in dem Sinne, dass gesagt oder angedeutet wird, dass die Annahme jedes anderen Vorschlags einen Totalverlust der Freiheit oder der Gerechtigkeit darstellen würde. Gewinnen aber tun sie nie – im Gegenteil, sie erfahren den höchsten Widerstand. In über 90 Prozent aller Fälle gewinnt der Faktor 10 als maximal zulässige Ungleichheit bei Einkommen. Bei einem angenommenen gesetzlichen Mindestlohn von 1500 Euro pro Monat für die Regelarbeitszeit wäre das ein Maximaleinkommen von 15.000 Euro pro Monat. Häufig liegt der Sieger-Faktor auch niedriger, nur ganz selten aber darüber.

Der Unterschied zu den Ergebnissen der indirekten Demokratie ist frappierend: In Österreich beträgt die Differenz zwischen dem höchsten bekannten Einkommen und einem angenommenen Mindestlohn von 1000 Euro das 1.150-fache, in Deutschland das 6.000-fache und in den USA das 360.000-fache.

## Internationale Bewegung zum Mitmachen

Der „Gesamtprozess Gemeinwohl-Ökonomie“ (GWÖ) startete 2010 in Wien. Ein Dutzend kleiner und mittelständischer Unternehmen aus Österreich wollte nicht länger hinnehmen, dass ihnen ethisches Verhalten zum Wettbewerbsnachteil gereicht. In fünf Jahren ist die Initiative zu einer internationalen Bewegung gewachsen: Anfang 2016 unterstützen fast 2000 Unternehmen aus 40 Staaten die Bewegung, rund 300 haben die Gemeinwohl-Bilanz freiwillig erstellt. Darunter befinden sich so unterschiedliche Unternehmen wie die Sparda Bank München, die Biogroßhändler Bodan (Baden-Württemberg) und Oikopolis (Luxemburg), der Outdoor-Ausrüster VAUDE, der Event-Dienstleister Satis & Fy aus Frankfurt, der Waldviertler Kräutertee-Hersteller Sonnentor, die Hotels Hochschober und La Perla aus Kärnten und Südtirol oder die Sozialbetriebe Lebenshilfe Tirol und Herzogsägmühle in Oberbayern. Die Unternehmen arbeiten teilweise in Peer-Gruppen zusammen und geben wertvolle Anregungen zur Verbesserung der Bilanz.

Großes Interesse an der GWÖ herrscht an Schulen, Fachhochschulen und Universitäten. Die Universitäten Flensburg und Kiel erforschen in einer dreijährigen, vom Bildungsministerium geförderten Studie die Erstellbarkeit der Gemeinwohl-Bilanz in Großunternehmen. Mit dabei sind MAN, E.ON, Deutsche Post DHL, Otto Group und DM. Drei Fachhochschulen haben bereits selbst die Bilanz erstellt. Eine davon, die Fachhochschule Burgenland, hat die weltweit erste Gemeinwohl-Beauftragte bestellt. Die erste Bilanz-Universität, die Universität Barcelona, hat auch einen UNESCO Chair Gemeinwohl-Ökonomie in Paris eingereicht. Die Universität Valencia wird 2016 einen Lehrstuhl Gemeinwohl-Ökonomie einrichten. Neben Unternehmen und Universitäten sind Gemeinden die dritte Pionier-Gruppe der Gemeinwohl-Ökonomie. In Spanien haben sich die ersten Kommunen per Ratsbeschluss auf den Weg zur Gemeinwohl-Gemeinde gemacht: Miranda de Azán bei Salamanca, Carcaboso in Extremadura und Orendain im Baskenland. Die vier Südtiroler Gemeinden Mals, Schlanders, Laas und Latsch haben die erste Gemeinwohl-Region initiiert. Eine Folge davon: Der Südtiroler Landtag beschloss, Unternehmen und Gemeinden mit Gemeinwohl-Orientierung im öffentlichen Einkauf und in der Regionalentwicklung zu fördern.

### GEMEINWOHL-MATRIX 4.1



WERT BERÜHRUNGS- GRUPPE	Menschen- würde	Solidarität	Ökologische Nachhaltigkeit	Soziale Gerechtigkeit	Demokratische Mitbestimmung & Transparenz
A) Lieferanten	A1: Ethisches Beschaffungsmanagement				
B) Geldgeber	B1: Ethisches Finanzmanagement				
C) Mitarbeiter & Eigentümer	C1: Arbeits- platzqualität und Gleichstel- lung	C2: Gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit	C3: Förderung ökologischer Verhaltens	C4: Gerechte Verteilung des Einkommens	C5: Innerbe- triebliche De- mokratie und Transparenz
D) Kunden, Pro- dukte, Dienst- leistungen, Mit- unternehmer	D1: Ethische Kundenbezie- hungen	D2: Solidarität mit Mitunter- nehmern	D3: Ökologische Gestaltung der Produkte und Dienstlei- stungen	D4: Soziale Gestaltung der Produkte und Dienstlei- stungen	D5: Erhöhung der sozialen und ökologischen Branchenstan- dards
E) Gesellschaft- liches Umfeld	E1: Sinn und ge- sellschaftliche Wirkung der Produkte / DL	E2: Beitrag zum Gemeinwesen	E3: Reduktion ökologischer Auswirkungen	E4: Mini- mierung der Gewinnaus- schüttung an Externe	E5: Gesell- schaftliche Transparenz und Mitbestim- mung

## Erste Politische Erfolge



Den bisher größten politischen Erfolg feierte die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung auf EU-Ebene. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, ein 350-köpfiges Beratungsorgan von Kommission, Parlament und Rat, verfasste eine sogenannte Initiativstellungnahme zur Gemeinwohl-Ökonomie, die in einem 8-monatigen Verfahren auf ein 10-Seiten-Dokument kondensiert wurde. In der Abstimmung im Plenum im September 2015 votierten 86% der Ausschuss-Mitglieder für den Einbau der Gemeinwohl-Ökonomie in den Rechtsrahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Es folgten mehrere Einladungen in das EU-Parlament, gleichzeitig nimmt die Bewegung die Anwaltschafts-Arbeit zu diversen Richtlinien und Gesetzesprojekten auf. Der Kreis der Akteurinnen und Akteure „Politik und Anwaltschaft“ ist gerade im Aufbau, zehn weitere existieren bereits: Bilanz-Redakter, Berater, Auditoren, Referenten, Botschafter und andere. Vor Ort bilden sich Regionalgruppen, die auch Energiefelder heißen. In Deutschland gibt es 25 davon. Die Gemeinwohl-Ökonomie Bayern hat Ende 2015 einen Verein gegründet, der Mitglieder herzlich willkommen heißt. Insgesamt sind bisher 17 Vereine entstanden, die zusammen einen internationalen Verband gründen werden.

Am Prozess der Gemeinwohl-Ökonomie kann sich jede Privatperson, jedes Unternehmen, jede Organisation und jede Gemeinde niederschwellig beteiligen und eigene Ideen einbringen. Mehrere tausend Menschen von Schweden bis Spanien, von Serbien bis Chile tun dies bereits.

### Bücher von Christian Felber:

Die innere Stimme -  
Wie Spiritualität, Freiheit und  
Gemeinwohl zusammenhängen  
Publik-Forum, Mai 2015

Die Gemeinwohl-Ökonomie  
Deuticke, Dezember 2014

Geld -  
Die neuen Spielregeln  
Deuticke, März 2014



### Zum Autor:

Christian Felber, 43, unterrichtet  
Alternative Ökonomie an der  
Wirtschaftsuniversität Wien.  
Er ist zeitgenössischer Tänzer,  
vielfacher Buchautor, internati-  
onaler Referent und Initiator der  
Gemeinwohl-Ökonomie sowie  
des Projekts Bank für Gemein-  
wohl in Österreich:

[www.ecogood.org](http://www.ecogood.org)  
[www.mitgruenden.at](http://www.mitgruenden.at)  
[www.christian-felber.at](http://www.christian-felber.at)

**Bildserie:** Quo vadis mundo? (Christoph Ranzinger)

**Begegnung und Gespräch - online:** [www.lehrerbibliothek.de/BuG](http://www.lehrerbibliothek.de/BuG)

#### Verantwortlich:

Dr. Matthias Pfeufer (im Auftrag des Kath. Schulkommissariats Bayern), Poxdorf 24, 96167 Königfeld · Siegfried Kratzer, (im Auftrag des Evang.-Luth. Landeskirchenamtes Bayern) Pfälzer Straße 7a, 92224 Amberg · Gestaltung: Christoph Ranzinger, Pauckerweg 5, 81245 München.